

Zu Nr. 99/I, N. V.

38

Anfragebeantwortung

des Staatssekretärs für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten.

Auf die in der 20. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung vom 31. Mai 1919 an mich gerichtete Anfrage der Herren Abgeordneten Thanner, Schöchtner und Genossen, betreffend die mangelhafte Zuweisung von Kohle an die ländlichen Fuß- und Wagenschmiede, habe ich die Ehre, folgendes zu antworten:

Mit Rücksicht auf das vollkommene Ausbleiben der Schmiedekohlenlieferungen aus dem Kossitzer Revier, durch welche in früheren Zeiten fast der gesamte Bedarf an Schmiedekohle gedeckt wurde und wegen gänzlicher Überlastung der Schmiedekohle produzierenden drei Gewerkschaften in Deutsch-österreich, das sind Schrambach, Groß-Hollenstein und Annastollen in Weyer, durch deren Gesamtproduktion kaum der zehnte Teil der benötigten Schmiedekohle gedeckt wird, ist eine ausreichende Belieferung der Verteilungsstellen der Bezirkshauptmannschaften und Schmiedegenossenschaften für die Schmiedegewerke am flachen Lande nicht möglich. Das Staatsamt hat daher in Anerkennung der Notwendigkeit der Belieferung der ländlichen Schmiedegewerke bereits im Vormonate an die Verteilungsstellen Koks als Ersatz für Schmiedekohle zugewiesen. Ein Versuch, Grünbacher Steinkohle als Ersatz für die fehlende Schmiedekohle zuzuweisen,

war nicht von Erfolg begleitet, weil die meisten Verbraucher erklären, diese Kohle für ihre Zwecke verwenden zu können.

Im Monate Juni wurden 500 Tonnen ober-schlesischer Koks als Ersatz für Schmiedekohle für verschiedene Verteilungsstellen des flachen Landes zugewiesen. Ebenso beabsichtigt das Staatsamt in den folgenden Monaten ein mindestens gleich großes Quantum für die in Rede stehenden Zwecke zur Verfügung zu halten. Bei den Verhandlungen mit der tschechischen Regierung wird ständig auf den Schmiedekohlenmangel in Deutschösterreich hingewiesen und versucht, ein fixes Einfuhrkontingent an Schmiedekohle bei der tschechischen Regierung zu erhalten, die jedoch diese Lieferung bisher stets ablehnte.

Weiters pflegt das Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten derzeit mit dem Reichskohlenkommissär in Berlin Unterhandlungen zwecks Einfuhrbewilligung bestimmter Mengen zu Schmiedezwecken geeigneter niederschlesischer Kohle, die zwar noch nicht abgeschlossen sind, aber ein günstiges Resultat erwarten lassen.

Wien, 6. Juli 1919.